

Frauenreferat abgeschafft

Der Asta der Uni löst nach 31 Jahren das teilautonome Frauenreferat auf. Stattdessen gibt es jetzt eine Gleichstellungsbeauftragte. Das finden nicht alle gut. Im Internet wird dagegen protestiert

VON KAIJA KUTTER

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der von den Jusos gestellte Asta das vor 31 Jahren gegründete teilautonome Frauenreferat an der Hamburger Universität abgeschafft. Deren Internetseite wurde von der Homepage des Asta gelöscht, die Referentinnen entlassen, die Finanzen gestrichen, der Schlüssel einbehalten und die Sofas aus dem Frauenraum entfernt.

Das alles ist schon vier Wochen her. Erst langsam regt sich Protest. Unter www.genderblog.de gibt es seit Mittwoch eine Petition gegen die Abschaffung. Kurz zuvor hatten die Grünen die Schließung publik gemacht. "Die Abschaffung des Frauenreferats ist ein anti-emanzipatorischer Akt", sagt GAL-Politikerin Eva Gümbel. "Wer Beteiligungs-, Gestaltungs- und Beratungsmöglichkeiten von und für Frauen beschneidet, hat nicht das Ziel, eine Verbesserung der Studienbedingungen für Frauen herbeizuführen".

"Frau Gümbel hätte vor ihrer Kritik mal mit uns sprechen sollen", sagt der Asta-Vorsitzende Benjamin Gildemeister (Juso). Das autonome Referat werde zwar abgeschafft. Das Thema Gleichstellung nun aber "in den Kern-Asta überführt". In der dortigen Sozial- und Rechtsberatung hat mit Gun Röttgers (Juso) nun eine Asta-Gleichstellungsbeauftragte Stellung bezogen. "Wir fanden das sinnvoll, weil Frauen an der Uni keine Minderheit mehr sind", sagt Gildemeister. Anders als Behinderte, Ausländer und Homosexuelle, für die es weiter "teilautonome Referate" gibt.

"Ich verstehe die Kritik nicht", sagt auch Gun Röttgers. "Einen Anlaufpunkt für Frauen gibt es nach wie vor. Wir werden auch die Beratung weiter führen". Einen realen Raum nur für Frauen gebe es zwar nicht mehr, aber sie werde die Beratung aufs Internet ausweiten: "Das ist auch ein Raum, wenn man so will".

Wohl aber kein Ersatz für das, was das Frauenreferat aus Sicht ihrer Nutzerinnen darstellte. "Man konnte dort einfach so hin und mitmachen. Es gab keine Hierarchien", berichtet eine ehemalige Mitstreiterin. Es gab Filmabende, Vorträge,

Computertage, Frauenjoga und immer wieder feministische Wochen auf dem Campus.

Das Frauenjoga sei nicht nötig, sagte man Referentin Dganit Thimor, als sie aufgefordert wurde, den Raum zu räumen. Thimor: "Die vom Asta fanden alles, was wir gemacht hatten, war keine Gleichstellungspolitik". Die Studentin hat jetzt die alte Homepage bei google entdeckt und unter www.frauenrat.googlepages.com gesichert. "Da sieht man, was wir angeboten haben." Ein wichtiger Punkt sei dabei unter anderem die Beratung bei sexueller Belästigung, sagt Thimor.

"Die politische Arbeit des Frauenreferats ist nicht mehr möglich", sagt auch Moskar Timar von "Campus Grün". "Die müssen jetzt für jedes Projekt Asta betteln gehen".

Die Auflösung ist nur der Endpunkt eines erbitterten Streits, der im April bei der Neuwahl der Frauenreferentinnen begann. Wie die taz berichtete, gab es erstmals seit langem eine Gegenkandidatur von Frauen aus dem Umfeld des Asta. Von manchen Beobachtern wurde dies als "Putsch" bezeichnet. Weil sie ihre eigenständige Arbeit behindert sahen, besetzten am 21. Mai rund 60 Studierende aus dem Umfeld der autonomen Referate den Asta-Trakt, woraufhin der Asta drei Referenten entließ, darunter auch Queer-Referent Bertold Scharf.

"Das ist sehr unschön abgelaufen. Aber das war nicht der Grund für unsere Entscheidung", sagt Asta-Vorsitzender Gildemeister. Gleichstellung sei ein wichtiges und spannendes Thema, dass der Asta stärker Gewicht wolle. Prominente Unterstützung bekommt er von der Uni-Gleichstellungsbeauftragten, Monika Bullinger. "Ich finde es gut, wenn Frauenangelegenheiten nicht mehr unter dem Aspekt der Minderheiten wahrgenommen werden", sagt sie. Deshalb begrüße sie die neue Asta-Gleichstellungsbeauftragte.

"Es ist ein Skandal, dass hier eine selbstbestimmte Struktur abgeschafft wurde", sagt dagegen Ex-Referent Scharf. Die vier autonomen Referate seien erkämpft worden, "weil die Betroffenen am besten sagen können, was zu bestimmten Fragen die Antworten sind".

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags.

Quelle:

www.taz.de/regional/nord/hamburg/artikel/?dig=2008%2F07%2F24%2Fa0024&cHash=a50e9f223b&type=98